

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 26 (1985)
Heft: 18

Artikel: Russifizierung im Baltikum
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094370>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Russifizierung im Baltikum

Über die Verhältnisse in den baltischen Sowjetrepubliken berichteten diesen Sommer anlässlich einer Zeugenbefragung in Kopenhagen zahlreiche Balten, die heute im Westen leben. Ihre Aussagen betrafen verschiedene Motive (Geschichtsunterdrückung, Militärg-

biete, Umweltzerstörung usw.), und auf einige werden wir noch zurückkommen. Aber das eine, dominante Motiv betraf die Russifizierung, die wahrscheinlich ein entscheidendes Ausmass erreicht hat. Dazu heute eine erste Auswahl von Zeugnissen.

Partei

Wie in allen Sowjetrepubliken ist auch in den baltischen Staaten die jeweilige Parteiführung vollständig nach Moskau ausgerichtet, wo auch alle Entscheide von Belang getroffen werden. Das ist ohnehin so. Darüber hinaus gibt es auch die sozusagen grossrussische Angleichung in organisatorischer und sprachlicher Hinsicht.

Wie sich die (grosso modo auf alle baltischen Staaten übertragbaren) Verhältnisse in Lettland ausnehmen, legt Imants Lesinskis dar, ein ehemaliger KGB-Funktionär, der im Herbst 1978 als sowjetischer UNO-Beamter in New York als sprang. Von 1960 bis 1976 hatte er in Lett-



Imants Lesinskis

land selbst gedient, als (KGB-ernannter) Chefredaktor der Zeitung «Dzimtenes Balss» und dann als Chef des Komitees für Kulturkontakte mit Auslandsletten. Er berichtet.

Seit Ende des Krieges ist der Zweite ZK-Sekretär der lettischen KP immer ein Russe gewesen, nicht durch die lokale Mitgliedschaft bestimmt, sondern direkt vom ZK-Apparat in Moskau überstellt. Der Zweite Sekretär ist für «Organisationsfragen» zuständig, d. h. für Ernennungen und Absetzungen im Bereich aller wichtigen Funktionen von Partei, Regierung, Gerichten, Unternehmen. So überwacht er die gesamte Nomenklatura im Auftrag Moskaus. Sein Chef, der Erste Parteisekretär, hat Angst vor ihm.

Insgesamt ist die Personalpolitik in Partei und Regierung auf Russifizierung angelegt. Die jeweiligen Parteichefs sind immer Letten, aber seit 1959 ist von ihnen keiner mehr in Lettland geboren und aufgewachsen. Von den fünf lettischen ZK-Sekretären ist nur einer in Lettland geboren, und keiner spricht fließend Lettisch. Entsprechendes gilt für die lettische Regierungsspitze. «Der jetzige Ministerpräsident Juris Rubenis erzählte mir seinerzeit, er habe nur einmal in seinem Leben versucht, einen Roman auf lettisch zu lesen, aber er habe auf Seite 12 damit aufgehört; die Sprache sei ihm doch zu schwierig gewesen.»

Heute bedient man sich in den Partei- und Regierungsgremien Lettlands ausschliesslich der russischen Sprache. Das fängt bei den Plenartagungen des Zentralkomitees an und hört bei den Grundorganisationen (Lokalsektionen) der Partei auf. Als Zynismus empfinden es die Letten, dass man sogar an lettischen Nationaltagen die Festansprache auf russisch hält.

Der Bevorzugung von Russen und russifizierten Funktionären in der Kaderpolitik entspricht bis zu einem gewissen Grad ein Verweigerungseffekt bei den Einheimischen. Zu dieser Feststellung gelangte der heute 34jährige Sergej Samaschtschikow, ein Russe, der zwischen 1970 und 1979 als Politoffizier vornehmlich in

Lettland tätig war und das ganze Baltikum bereiste. Er betreute in jener Zeit die Komsomol-Organisation der Streitkräfte. 1979 sprang er in Rom ab.

Laut Samaschtschikow gibt es unter jungen Letten in den offiziellen Organisationen soviel politische Passivität, dass die Sowjets Mühe haben, den schon aus Alibigründen gewünschten Anteil an Letten sicherzustellen. In allen wichtigeren Ämtern achtet man darauf, einen ansehnlichen Prozentsatz von Leuten mit lettischem Familiennamen zu haben. Indessen gibt es bei den jungen, gebildeten und «bewussten» Letten einen Widerwillen vor einer Karriere im Partei- und Staatsdienst. So kommt es, dass die Letten (53 Prozent der Bevölkerung) nur 25 Prozent der Funktionäre im Komsomol- und im Parteiapparat stellen. Dazu kommt, dass viele lettische Beamte ihre Muttersprache verlieren, weil sie beruflich ausschliesslich russisch reden, lesen und schreiben.

Schule und Bildung

Im ganzen Baltikum geht man systematisch darauf aus, das Russische zur allgemeinen Gebrauchssprache zu machen. Besorgt wird das durch das Schul- und Bildungssystem auf allen Stufen.

Strukturell besteht in den drei Ländern – wie in allen nichtrussischen Sowjetrepubliken – ein zweisprachiges Schulsystem; man führt parallel sowohl Schulen in der jeweiligen Landessprache (nationale Schulen) als auch in der russischen Sprache; im ersten Fall wird Russisch und im zweiten Fall die Landessprache als erste Fremdsprache unterrichtet. In der Praxis aber ist die russische Bildung privilegiert und wird es immer mehr.

Der schon erwähnte Sergej Samaschtschikow, ehemaliger Politoffizier und selbst ein Russe,

sieht hier eine intensiviertere Kampagne seit Ende der 70er Jahre. Den Startschuss gab im Herbst 1978 ein sowjetischer Regierungsbeschluss über die Verbesserung des Russischunterrichts in den nichtrussischen Gebieten.

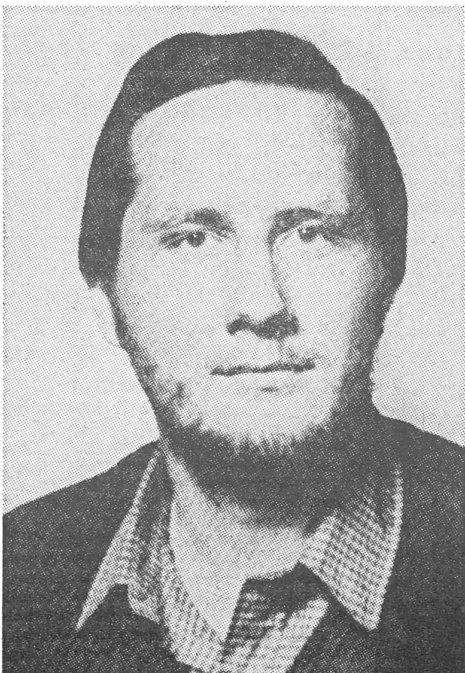
In Lettland hat man in den letzten Jahren zahlreiche nationale Schulen aufgehoben und in sogenannte «integrierte Schulen» umgewandelt, ein Übergangsmodell zur eigentlichen russischen Schule. Aber selbst in den lettischen Schulen wird dem lettischen Sprachunterricht weniger Zeit eingeräumt als dem russischen. An den russischen Schulen wiederum ist Lettisch zwar ein obligatorisches Fach, aber es wird als quantität négligeable behandelt; man braucht die Sprache keineswegs fließend zu beherrschen, um durchzukommen.

Je höher die Schule, desto dominanter das Russische. Das gilt insbesondere für die Naturwissenschaften. Hier werden etliche Fächer ausschließlich russisch gelehrt, und auch die Lehrmaterialien sind nur in dieser Sprache erhältlich.

Auf der Universitätsstufe droht die jeweilige Landessprache vollends zum studienuntauglichen Vehikel abqualifiziert zu werden. Das bestätigt für Estland der 27jährige Valdo Randpere, der im Oktober 1984 in Schweden um Asyl nachgesucht hat und zuvor Assistent im estnischen Justizministerium gewesen war.

Seit letztem Jahr, so führt er aus, wird in jedem Studium ein Grundfach russisch gegeben, und in dieser Sprache ist auch die Abschlussprüfung abzulegen. Bestimmte Studien sind jetzt schon nur noch auf russisch möglich. Das trifft zum Beispiel auf die Abteilung für Sportmedizin an der Universität Tartu zu.

Im wissenschaftlichen Betrieb behandelt man die Landessprachen zunehmend als zweitrangig, aber gerade auf der Universitätsstufe zeigt sich auch, dass der studentische Umgang mit



Valdo Randpere



der Muttersprache mit äusserstem Misstrauen verfolgt wird. Das latente politische Spannungsfeld ist da unverkennbar. Die estnische Folklore zum Beispiel, offiziell durchaus gehegt und gefördert, wird gleichzeitig suspekt, wenn sich Studentengruppen ihrer spontan annehmen. Man wittert Opposition.

Randpere weiss darüber ein komisches Beispiel auszuführen. In der Stadthalle von Tallinn (Hauptstadt von Estland) wollte eine Gruppe ein paar 300 Jahre alte Volkslieder singen. In einem der Lieder kam die Zeile vor: «Wer zahlt für die Arbeit der Sklaven?» Das wurde, wie gesagt, vor 300 Jahren geschrieben und bezog sich auf die damaligen feudalen Zustände. In dessen befahl man den jungen Leuten, diese Textstelle zu ändern, und zwar deshalb, weil sie «antisowjetisch» sei.

Ein groteskes Missverständnis? Wahrscheinlich nicht. Man wusste «oben» genau, in welchem Sinne das Publikum die alten Verse aktualisieren würde. Und man durfte davon ausgehen, dass die Gruppe das auch wusste. Wenn man den Sklavenhalter von gestern anspricht, dann antwortet der Sowjetfunktionär von heute.

Laut offizieller Lesart sollte das Schulwesen auch dazu dienen, die Kinder von Eingewanderten sprachlich in ihre baltische Umgebung einzugliedern. Wie wenig es dazu imstande ist und imstande sein soll, ergibt sich aus der Alltagserfahrung der Einheimischen noch weit mehr als aus formellen Vergleichen über die Schulfächer usw.

Eine Menge Alltag umfasst das, was Rita Bruvere berichtet, die mit ihrer Familie 1976 aus der UdSSR ausgewiesen wurde, nachdem sich ihr Mann durch die Verteilung eines inoffiziellen Fragebogens «antisowjetisch» betätigt hatte. Sie war als Fabrikarbeiterin zur Werkstudentin geworden und hatte ihr Fremdsprachendiplom an der Universität von Riga kurz vor ihrer Heirat und Ausweisung erworben.

«Wie ich von russischen Kindern in meinem Bekanntenkreis vernahm, fällt der Unterricht in lettischer Sprache an den russischen Schulen mangels Lehrkräften häufig über längere Zeiträume überhaupt aus. Und wenn er stattfindet, dann ist die Lehrerin häufig genug keine Lettin, sondern eine Russin mit ungenügenden Kenntnissen in ihrem Fach. Das Resultat sieht man an den Schulabgängern: Sie reden nicht lettisch und wollen es auch nicht, es sei denn, dass sie lettische Altersgenossen zu ihrem Freundeskreis zählen. An meinem Arbeitsplatz habe ich russische Kollegen gefragt, was sie auf lettisch wüssten. Meist wussten sie nicht viel mehr als ein paar Begrüßungsworte und den Refrain von populären lettischen Liedern.

Seit meiner Emigration habe ich durch Freunde erfahren, dass neuerdings auch lettische Schüler versuchen, eine Art Gegenrecht zu beanspruchen, indem sie demonstrativ schlecht



Rita Bruvere

russisch lernen. Aber alles, was sie sich mit ihrem Protest einhandeln, sind schlechte Noten.

Wie wenig man ernstlich daran denkt, die Nichtletten in Lettland zu assimilieren, zeigt mir das Fehlen von Sprachkursen für Erwachsene. Zum mindesten war das so, als ich noch dort lebte. Meine Universitätslektorin, eine Russin, wollte – untypischerweise – Lettisch lernen. Es gelang ihr weder einen entsprechenden Abendkurs ausfindig zu machen noch entsprechende Materialien zum Selbststudium aufzutreiben.»

Im Laden und am Schalter

Wer in den baltischen Ländern die Landessprache spricht, muss im Alltag immer wieder damit rechnen, nicht bedient zu werden.

Rita Bruvere: «In Riga stellen die Russen die Mehrheit der Einwohnerschaft, und überall, wo Russen arbeiten, wird ausschliesslich russisch gesprochen. Ältere Leute, die nur lettisch sprechen, haben wahrhaftig wenig zu bestellen. Eine etwa 60jährige Verwandte von mir kommt bei ihren Einkäufen fast nicht mehr zurecht. «Reden Sie gefälligst russisch», wird sie angeherrscht, oder die russische Verkäuferin sagt achselzuckend «verstehe nicht» und wendet sich der nächsten Kundin zu.»

Noch schlimmer ist es in öffentlichen Ämtern, wo man völlig auf den guten Willen der Schalterbeamten angewiesen ist. Wenn man auf lettisch insistiert, kann es zurücktönen: «Hier reden wir keine Hundesprache.»

Ähnliche «Freundlichkeiten» hören die Einheimischen von Russen zuweilen auch sonst, vor allem in Stresssituationen, zum Beispiel, wenn die Verkehrsmittel in mehrheitlich russisch bewohnten Quartieren überfüllt sind. «Es gibt zu viele von euch (Letten) hier (in Lettland!)» oder sogar: «Man hätte bei der Befreiung nicht soviel von eurer Sorte übriglassen sollen!»

Gunars Rode (Jahrgang 1934, 1978 emigriert) hat die Erfahrung gemacht, dass niemand für Entgleisungen bestraft wird, die sich aus dem russischen Chauvinismus ergeben. Das ermutigt die nationale Arroganz der Russen. «Nach ihrem Empfinden sind die baltischen Staaten zu einem russischen Besitztum geworden, und so betrachten sie tatsächlich die Letten in Lettland selbst als eine Art Ausländerkolonie.»

Schlimmstenfalls kann die Nichtbedienung für Einheimische tödliche Folgen haben. Ein solcher Fall ereignete sich in Estland, wie Valdo Randpere berichtet. Ein estnisches Schulmädchen wurde in Tallinn als Notfall ins Spital gebracht, und infolge von Verständigungsschwierigkeiten mit den russischen Ärzten kam es zu einer Fehldiagnose, und die 14jährige Patientin starb. Dieser Fall wurde von der estnischen Zeitung «Noorte Hääl» angeführt, aber der Redaktion brachte das eine Rüge ein. Ein solcher Artikel sei geeignet, unnötigerweise nationalistische Gefühle zu schüren. ■ ■

Armeeekontrolle mit Solidarnosc-Appeal

In Polen hat man ausgerechnet der militarisierten Werftbelegschaft für die Kriegsmarine eine «Gewerkschaft» gegeben, die mit ihrer Bezeichnung an die verbotene Gewerkschaft Solidarnosc anknüpft. In der Armeezeitung «Zolnierz Wolnosci» (Warschau, 19. 8. 1985) liest man verblüfft die amtliche Bezeichnung «NSZZ der Armee bei der Werft Dabrowszczakow der Kriegsmarine».

Als 1980 die freie Gewerkschaft in Polen entstand, der bald nahezu alle Berufstätigen des Landes angehören sollten, hiess sie mit vollem Namen NSZZ Solidarnosc, wobei die Initialen NSZZ für «Unabhängige, selbstverwaltete Gewerkschaft» stehen. Und nach wie vor heisst die nunmehr verbotene Gewerkschaft mit vollem Namen so, nämlich NSZZ Solidarnosc. Mit der namentlichen Betonung von Unabhängigkeit und Selbstverwaltung hatten die freien Gewerkschafter ihre Organisation von den regimeabhängigen Pseudogewerkschaften abgegrenzt, die zuvor die Szene beherrscht hatten und es seit 1982 nach offizieller Lesart wieder tun.

Mit dem Militärputsch vom 13. Dezember 1981 war die NSZZ Solidarnosc zerschlagen worden, und in den folgenden Jahren sind die Machthaber darangegangen, wiederum ihre ei-

genen, möglichst untertänigen Gewerkschaften aufzuziehen. Und seither werden General Jaruzelski und seine Sprachrohre à la Regierungssprecher Jerzy Urban nicht müde, dem Land und der Welt zu verkünden, dass die NSZZ Solidarnosc tot sei, ein «abgeschlossenes Kapitel».

Wie wenig die Herrschenden ihrer amtlichen Lesart selber glauben, zeigt nun der schier ungläublich anmutende Rückgriff auf die sonst als antisozialistisch abgestempelte Bezeichnung NSZZ für die militärische Belegschaft der Kriegsmarine. So versucht das Militär, von der Popularität der Solidarnosc zu profitieren – und gibt sie damit zu. Wenn man darauf angewiesen ist, um sein Image zu verbessern, zeigt das nur, wiewenig man sonst vorzuweisen hat. (Dass es sich um einen selbstironischen Gag handelt, kann man bei der heutigen Beschaffenheit des Regimes getrost ausschliessen.)

Die eigentliche Wiege der seinerzeitigen Solidarnosc waren die (zivilen) Werften gewesen. Von dort aus hatte die freie Gewerkschaftsbewegung das ganze Land erfasst und den Willen des realen Proletariats kundgetan. Das macht die Wiederverwendung des Ausdrucks «Unabhängige, selbstverwaltete Gewerkschaft» für eine militarisierte Gewerkschaft des Regimes doppelt sinnig und hintersinnig. ddm

Apel NSZZ Pracowników Wojska Stoczni MW im. Dąbrowszczaków

DOKOŃCZENIE ZE ST. 1 ku Zawodowego Pracowników Wojska w kampanii wyborczej członków Niezależnego Samorządnego Związku Zawodowego Pracowników Wojska i pracowników resortu obrony narodowej o wzięcie udziału w akcie wyborczym!

Od naszej postawy w dniu wyborów zależy, kto i jak będzie reprezentował i bronił związkowych spraw na forum najwyższej władzy państwowej w naszym państwie.

Polityczną platformę udziału Niezależnego Samorządnego Związku Zawodowego Pracowników Wojska i pracowników wojska w kampanii wyborczej do Sejmu Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej sta-

ku należy, jak te możliwości wykorzystamy, jak liczna grupa naszych najlepszych przedstawicieli będzie reprezentowała związkowe interesy w Sejmie Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej.

Zwracamy się raz jeszcze o właściwe prezentowanie i wyrażenie poparcia zgłoszonym w toku konsultacji kandydatom na posłów. Jesteśmy przekonani, że kandydaci swoją dotychczasową działalnością, postawą i zaangażowaniem dają gwarancję należytego reprezentowania na forum Sejmu Rzeczypospolitej Ludowej spraw związkowych, spraw

Aufruf an die NSZZ der Armeeangehörigen der Kriegsmarinewerft Dabrowszczakow in «Zolnierz Wolnosci», Warschau, 19. 8. 1985